

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/004/2019

der 04. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 27.11.2019, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9,
04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Dathe, Achim

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Heitsch, Hans-Jürgen

Hermann, Rolf

Köhler, Christopher

Neumann, André

Nündel, Thomas

Pradel, Henrik, Dr.

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Schaller, Henriette

Tanzmann, Frank

Zippel, Christoph

bis 20:16 Uhr

Fraktion Alternative für Deutschland

Beer, Tommy

Haustein, Silke

Hoffmann, Thomas

Kresse, Thomas

Oehler, Bernd

Rückert, Uwe

Rudy, Thomas

Senftleben, Thomas

Weber, Ronny

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Paulicks, Alexander

Prehl, Ingo

Rath, Doreen

Rosenfeld, Frank

Schenk, Katharina

Schrade, Sven

Fraktion DIE LINKE.Aaltenburger Land

Hübschmann, Klaus
Lukasch, Ute
Nebel, Eileen
Plötner, Ralf
Sojka, Michael
Tempel, Frank

Fraktion DIE REGIONALEN

Franke, Andy
Kühn, Steffen
Liefänder, Klaus-Peter
Rolle, Tina

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Fachbereichsleiter

Nowosatko, Dirk
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Boße, Ludger
Franke, Jenny
Gerth, Andrea
Heiner, Jens
Kopplin, Wolfgang
Schmutzler, Frank

Schriftführung

Gabler, Kerstin
Kamprad, Katleen

weitere Teilnehmer

Bessel, Holger
Erhardt, Luise
Fuchs, Jana
Hermsdorf, Daniel
Hofmann, Sabine
Rösler, Wiebke
Schimanz, Marcus
Siegel, Karsten
Weiß, Torsten

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:Fraktion Alternative für Deutschland

Leibnitz, Carsten

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Stange, Steffen

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Fraktion DIE REGIONALEN

Helbig, Christine

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Kerstin Gabler, Katleen Kamprad
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:23 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 4. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:

		Drucksachen Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung vom 30. Oktober 2019	
3	Verschiedenes	
3.1	Informationen des Landrates	
3.1.1	Neustrukturierung der Zentralen Leitstellen in Thüringen	IV/0006/2019
3.2	Anfragen aus dem Kreistag	
4	Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2020	KT-DS/0055/2019
5	Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Haushaltsjahre 2019 bis 2023	KT-DS/0056/2019
6	Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/0051/2019
7	Feststellung der Jahresrechnung 2018, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/0053/2019
8	1. Änderung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages für die Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/0052/2019
9	Handlungsschwerpunkte, Ziele und Empfehlungen zur Milderung von Armut und ihren Folgen im Landkreis Altenburger Land (Armutspräventionsstrategie)	KT-DS/0054/2019

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 10 | 1. Änderungssatzung zur Satzung für den Beirat für Migration und Integration des Landkreises Altenburger Land vom 21. Juli 2015 | KT-DS/0057/2019 |
| 11 | Berufung von weiteren sachkundigen Bürgern in die Ausschüsse des Kreistages | KT-DS/0058/2019 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen seitens der anwesenden Bürger.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung vom 30. Oktober 2019

Die o. g. Niederschrift wird mit 40 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen des Landrates

Herr Melzer bedankt sich für die Genesungswünsche während seiner Erkrankung und bei seinen drei Beigeordneten Herrn Bergmann, Herrn Helbig und Herrn Greunke für die geleistete Vertretung in den letzten Wochen.

Er gratuliert Herrn Greunke zur Auszeichnung als „Thüringer Engagement Botschafter“, welche er in Erfurt erhalten hat.

In der letzten Kreistagssitzung im Oktober stand das Thema *IGV Schmölln* auf der Tagesordnung. Es soll mit 7 Schulen der Versuch gestartet werden, gemeinsam optimaler zu beschulen und die kleinen Standorte zu erhalten. Die Aufgabe des Landrates ist es den dazugehörigen Antrag zu stellen. In der letzten Woche gab es ein intensives Gespräch mit dem Ministerium zum Schulversuch. Ein nächstes Gespräch gemeinsam mit dem Ministerium und dem Schulamt in Gera soll am 18. Dezember 2019 stattfinden. Es könnte jedoch sein, dass noch einige Änderungen vorgenommen werden müssen, um es genehmigungsfähig zu machen. Deshalb ist evtl. noch ein Sonderkreistag im Januar 2020 notwendig.

Es gab ein Informationsschreiben von Herrn Rückert zum Thema der Lehrerbereitstellung für unsere Schulen. Herr Melzer hatte die Aufgabe, den aktuellen Stand darzustellen.

Derzeit sind in den Medien zwei Schulen benannt. In der Grundschule in Meuselwitz wurden 2 Lehrer eingestellt, um den Unterricht vollumfänglich abzusichern. Man wird weiter mit dem Schulamt und dem Ministerium in Verbindung bleiben, obwohl der Landkreis darauf keinen Einfluss hat.

Auch die Grundschule Windischleuba wurde angesprochen – die Eltern wollten Klage erheben, da 25 % der Lehrer fehlen. Herr Melzer teilt mit, dass ab 01. Dezember die Stelle neu besetzt wird.

Die K227 in Fockendorf wurde freigegeben. Seit langem gibt es die Bestrebung die Straße von Kleintreben bis Pahnna fertig zu stellen. Der 1. von 5 Abschnitten wurde nun übergeben. Nun wird die Voraussetzung für den nächsten Bauabschnitt geschaffen.

Die finalen Angebote für den Breitbandausbau wurden abgefordert und sind am 13.11.2019 eingegangen. Diese befinden sich nun zur Prüfung bei den entsprechenden Behörden. Im Jahr 2020 soll dann die Feinplanung und im Jahr 2021 die Realisierung beginnen.

Herr Melzer informiert, dass sich in den Mappen der Kreistagsmitglieder der Stellenplan, der Beteiligungsbericht und die Jahresplanung der Kreistage und Ausschüsse für das Jahr 2020 befinden.

IV/0006/2019

TOP 3.1.1 Neustrukturierung der Zentralen Leitstellen in Thüringen

Fragen zur Vorlage gibt es keine.
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Melzer informiert, dass in der letzten Sitzung des Kreistages am 30. Oktober 2019 ein umfangreicher Fragenkatalog durch Herrn Rückert eingereicht wurde. Dieser wurde beantwortet und mit Schreiben vom 18. November 2019 an alle Kreistagsmitglieder per Post versendet. Ebenfalls wurde die Beantwortung der Fragen im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Am 11. November 2019 wurde eine Anfrage zu Windkraftanlagen durch Herrn Senftleben gestellt. Die Antwort dazu wurde Herrn Senftleben und den Fraktionsvorsitzenden heute übergeben.

Weitere Anfragen gibt es keine.

KT-DS/0055/2019

TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2020

Herr Gumprecht schlägt vor, die TOPs 4 und 5 (Haushaltssatzung und Finanzplan) gemeinsam zu beraten. Dem wird zugestimmt.

Herr Melzer informiert, dass der Haushalt (ohne den Stellenplan) den Kreistagsmitgliedern am 23. September 2019 elektronisch zugestellt wurde. In der gleichen Woche gab es eine Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes bei der der Haushalt durch Herrn Heiner vorgestellt wurde. Seitdem wurde in zwei Ausschusssrunden über den Haushaltsplanentwurf gesprochen. Die Gemeinden hatten ebenfalls in dieser Zeit die Möglichkeit Stellungnahmen abzugeben. Diese wurden im Session eingestellt. Herr Melzer dankt der Verwaltung, dass der Haushalt fristgerecht aufgestellt werden konnte. Letztendlich wurde den Kreistagsmitgliedern ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Das Volumen des Verwaltungshaushaltes beträgt 126.837.721 € und des Vermögenshaushaltes 42.036.747 €. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 8.173.169 € geplant. Im Erstentwurf ergab sich somit eine Kreisumlage i. H. v. 40,437 % und eine Schulumlage i. H. v. 6,281 %.

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion hat der Landkreis noch eine zusätzliche Schlüsselzuweisung in Höhe von 170.826 € erhalten. Diese wurde zur Kreisumlagesenkung verwendet, sodass diese auf 40,094 % sank.

Herr Melzer geht kurz auf die verschiedenen Bereiche (Eingliederungshilfe, Jugendgerichtshilfe, IT/Digitalisierung, Theater, ÖPNV, Schulsozialarbeit und Schulinvestpau-schale) ein, in denen z. B. größere Investitionen anstehen, und erklärt den aktuellen Sachstand.

Beim Personal wird es sowohl Reduzierungen (Wegfall durch KW-Vermerke, als auch Aufwüchse (IT, Homepage) geben. Außerdem wird es im Bereich der Ausbildung wieder 4 Auszubildende als Verwaltungsfachangestellte, 1 x Studium Bachelor Soziale Dienste und 2 x Studium Öffentliches Management geben.

Insgesamt ist die Verwaltung der Meinung, dass ein fairer, ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde. Es ist gelungen, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Herr Melzer hofft, dass der Haushalt für 2020 empfohlen wird.

Frau Schenk beginnt mit der Frage: „Hund oder Katze?“, denn diese Frage ist gewöhnlich super geeignet, um Menschen in zwei Gruppen einzuteilen. Es gibt diejenigen, die die Eigenständigkeit der Katze würdigen und jene, die Hunde für die besseren Tiere halten – treu, verlässlich und planbar. Als erklärte Katzenfreundin erschließen sich für Frau Schenk Gründe für Hundeliebhaber nur bedingt. Aber auch andersherum ist dies ähnlich.

Auch heute können die Kreistagsmitglieder in zwei Gruppen eingeteilt werden – in die Katzenfreunde, die den Eigensinn der Kreisräte hochhalten und in die der Hundefans, die dem „Herrschen“ bedingungslos folgen. Es soll dem Fachdienst, der Organisationsuntersuchung und sachgetriebener Politik vertraut werden. Vertrauen ist gut, jedoch Kontrolle ist besser. Kontrolle und der Wunsch danach, sind aber kein Zeichen von Misstrauen. Ohne Grund ergeben sich aber auch keine Fragen. Die Kontrolle ist die originäre Aufgabe, warum die Kreistagsmitglieder hier sitzen. Es wurde der Wunsch erklärt, einen tiefen Einblick in den Haushalt zu erhalten. Die Debatte um die Kreisumlage ist nicht neu und wie immer spielt dabei auch die Jahresrechnung eine Rolle. Tiefe Einblicke wurden auch in den letzten Jahren in die Jahresrechnungen genommen. An sich ist es schön, wenn der Kreis finanziell gut ausgestattet ist, vielleicht können dann auch freiwillige Aufgaben übernommen werden. Für Frau Schenk und ihre Fraktion – eigensinniger Katzenfreunde – bleibt es jedoch ein ungeklärtes Rätsel, wie es sein kann, dass der Landkreis finanziell gut ausgestattet ist, während seine Kommunen „am Hungertuch nagen“ und Haushalte kaum noch „rund“ zu bekommen sind.

Es bleibt folgendes Bild – eine kleine „Zeitreise“

2016: ca. 4,6 Mio. € Überschuss im VwHH, geplant ca. 2 Mio. € → Differenz: 2,4 Mio. €

2017: 4,156 Mio. € Überschuss im VwHH, geplant ca. 2 Mio. €

2018: Zuführung zum VmHH (Überschuss des VwHH) 6 Mio. €, geplant ca. 2 Mio. €
Es waren somit keine eigenen Kreditaufnahmen nötig und es sind ca. 2 Mio. € in die Allgemeine Rücklage geflossen. Es zeigt sich, dass die Jahresabschlüsse und das vorher geplante weit auseinander gehen. Es geht auch nicht darum, Absicht zu unterstellen. Es geht darum, die „Spielräume“ der Kommunen genau zu betrachten. Diese werden, auch vor dem Hintergrund sinkender Gewerbesteuerereinnahmen, immer geringer. Es geht nach Jahren voller Vertrauen darum, dass man jetzt die Zahlen zu einem bestimmten Stichtag, z. B. 31.10.2019 auf dem Tisch haben will. Es kann natürlich keine Jahresrechnung vorgelegt werden, jedoch eine Tendenz. Die Mühe kann man der Verwaltung im Sinne der Gemeinden nicht ersparen. Frau Schenk gibt Herrn Melzer recht, dass in diesem Haushalt viel Gutes angedeiht, jedoch sind dies Mittel der Landesebe-

ne, d. h. es handelt sich um einen glücklichen Umstand und nicht um strukturelle Veränderungen.

Frau Schenk bittet deshalb darum, dem noch folgenden Antrag auf eine Rücküberweisung der Vorlage in die Ausschüsse etwas abzugewinnen. Es geht nicht darum, ein Politikum daraus zu machen, sondern darum, dass der Spielraum im Kreis ggf. nicht so eng ist, wie er dargestellt wird.

Die Fraktion SDP/Bündnis 90/DIE GRÜNEN wirbt dafür, heute nochmals darüber zu sprechen und vielleicht eigensinnige Katzenfreunde zu werden. Eine Rücküberweisung in die Ausschüsse sollte nach der Diskussion der Änderungsanträge in Erwägung gezogen werden. Es wird eine Zahl benötigt, die verhindert, dass Geplantes und tatsächlich Ausgegebenes so weit auseinanderklaffen.

Herr Gumprecht bittet darum, den Geschäftsordnungsantrag erst nach der Diskussion zu stellen.

Herr Liefländer bekennt sich als „Hundefreund“, kann aber dennoch mit Fakten umgehen. Er hat einen kleinen Faktencheck zum Haushalt 2020 vorbereitet.

- Im Vorbericht auf Seite 3 steht, dass die Zuführung vom VwHH zum VmHH mit 6.402.835 € für das Jahr 2018 erfolgt ist. Im Jahr 2018 wurde eine freie Finanzspitze (Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung steht) i. H. v. 4.656 T€ erwirtschaftet. Für seine Fraktion stellt sich nun die Frage, wie diese Mittel im Jahr 2019 eingesetzt wurden. Er blickt zurück in den Vorbericht zum Haushaltsplan 2019 und verliert einen Auszug. Er stellt fest, dass keine Rede von einem Überschuss i. H. v. 6 Mio. € ist.

Der Passus zu den Sparmaßnahmen ist sowohl im Vorbericht des Haushaltes 2019 als auch 2020 wortgleich zur Erläuterung der Finanzwirtschaft.

Beim Haushaltsbeschluss 2019 wussten die KTM nicht, dass ein Überschuss von 6,4 Mio. € erwirtschaftet wurde und konnten diese Mittel nicht im Haushalt 2019 berücksichtigen. Mit derselben Formulierung wird im Vorbericht 2020 die Finanzwirtschaft 2019 erläutert. Eine zahlenmäßige Untersetzung des voraussichtlichen Haushaltsergebnisses 2019 enthält der Entwurf nicht. Man weiß nicht, ob man ähnliche Zuwächse zu erwarten hat.

- Allgemeine Rücklage: Nach dem Finanzplan, auf Seite 316 des Haushaltes, war für 2019 eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage i. H. v. 420 T€ geplant. Zur voraussichtlichen Rücklage zum 31.12.2019 gibt es im Entwurf keine Feststellung. Es gibt eine Übersicht über den voraussichtlichen Bestand der Rücklagen (S. 349). Dort ist nur der Stand von Anfang 2020 laut Plan 2019 abgebildet. Auf seine Nachfrage hin, gab es keine schriftliche Auskunft. Vermutlich stehen jedoch 825 T€ mehr in der Rücklage zur Verfügung als im Haushaltsentwurf ausgewiesen. Wenn die laut Finanzplan geplante Entnahme hinzugerechnet wird, sogar 1,4 Mio. € als ursprünglich geplant.

Er fragt, ob es für die Kreisträte nicht relevant ist, wie sich der Haushaltsvollzug 2019 gestaltet hat und ob zusätzlich 800 T€ bzw. 1,2 Mio. € in der Rücklage stehen. Wiederholt wurde darum gebeten, ein aktuelles, vorläufiges Rechnungsergebnis 2019 samt Gruppierungsübersicht zur Verfügung zu stellen. Eine Aufgabe, die von Fachleuten als „Sache von einer Stunde“ dargestellt wird. Die KTM wurden darauf verwiesen, dass man dies so kurz vor dem Jahresabschluss nicht zusätzlich machen könne. Man könnte allenfalls die Zahlen von Mitte Oktober vorlegen – aber auch diese wurde bis heute nicht ausgereicht.

- Einzelplan 4 – Soziale Sicherung: Im Gesamtplan 2020 auf Seite 13 ist aufgefallen, dass die tatsächlichen Ausgaben im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung im Jahr 2018

mit 69,8 Mio. € um rund 5 Mio. € niedriger lagen als für das Jahr 2020 veranschlagt. Deshalb wurde um ein vorläufiges Rechnungsergebnis 2019 mit Gruppierungsübersicht zum Einzelplan 4 gebeten. Leider wurde auch diese Unterlage nicht ausgereicht.

- Kurzfristig wurde in dieser Woche ein neuer Stellenplan verteilt, welcher statt 11,28 VBE jetzt 13,53 VBE ausweist. Den neuen Stellenplan durchzusprechen war aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen.
- Weitere Haushaltspositionen: Es wurde gefragt, wie sich der Betrag i. H. v. 31.500 € in der Haushaltsstelle 65500 in der Schulverwaltung zusammensetzt. Eine Aufschlüsselung wurde zugesagt, jedoch bis heute nicht übergeben.

Auch eine Begründung, wie sich die unterschiedlichen Ansätze beim Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens in den Regelschulen ergeben, erfolgte nicht.

Der Relaunch der Homepage, für den Kosten von 200 T€ und eine Vollzeitstelle angesetzt sind, ist wichtig. Aber ist es nicht auch zu verantworten, diese Ausgabe noch ein Jahr zu verschieben, fragt Herr Liefländer. Damit könnte man den angeschlagenen Kommunen 2020 weiter entgegen kommen, zumal ihnen 2018 über 4 Mio. € zu viel aus „der Tasche gezogen“ wurden.

Sicher ist es bei guter Haushaltslage vertretbar für den Empfang des Landrates 12 T€ einzuplanen, aber was sagen die Kommunen dazu, die keine Zuführung zum VmHH leisten können und diese Mittel über die Kreisumlage mitbezahlen.

Fazit: Der Haushalt enthält wesentliche Widersprüche und Unklarheiten, die trotz Nachfragen bis heute nicht ausgeräumt wurden. Die Finanzlage zum Ende 2019 lässt sich anhand des vorgelegten Zahlenwerkes nicht ermitteln. Diese sollte jedoch Voraussetzung für eine realistische Einschätzung der für 2020 benötigten Haushaltsmittel sein. Nach dem vorläufigen Erkenntnisstand sind zusätzliche Mittel i. H. v. ca. 835 T€ vorhanden, weitere 280 T€ könnten eingespart werden. Nach jetzigem Stand wäre damit eine Absenkung der Kreisumlage um ca. 1,1 Mio. € ohne wesentliche Einschnitte im Kreishaushalt möglich. Ob weitere freie Mittel vorhanden sind, ist erst nach Vorlage des vorläufigen Rechnungsergebnisses 2019 zu beurteilen. Hierzu wurde noch kein konkreter Änderungsantrag gestellt, da noch immer die Hoffnung bestand, uns die zugrunde zu legenden Zahlen und ein hierauf fußendes Ergebnis mit den KTM und der Verwaltung gemeinsam zu erarbeiten. Auch die Fraktion DIE REGIONALEN möchte mehr Geld für die Sanierung der Kreisstraße und des Schulhofes in Windischleuba ausgeben, und vor allem eine Lösung für das desolate Mehrzweckgebäude in Meuselwitz erreichen.

Die Fraktion möchte die Entscheidung auf Grundlage plausibler Zahlen treffen. An dieser Stelle war ein Antrag auf Zurückverweisung in die Ausschüsse vorgesehen, dieser wird jedoch aus Rücksicht auf die Redebeiträge der anderen Fraktionen zu einem späteren Zeitpunkt gestellt.

Herr Plötner geht zunächst auf die beachtliche Steigerung der Schlüsselzuweisungen, trotz Bevölkerungsrückgang, ein. Der Mehrbelastungsausgleich ist ebenfalls gestiegen, es gibt mehr Geld für die Schülerbeförderung vom Land und durch das Azubi-Ticket fließen ebenfalls Gelder in den Landkreis. Ebenso beim Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen gab es einen Aufwuchs, bei dem gezielt und konkret geholfen werden kann.

Weitere wichtige Investitionen wie z. B. die Sanierung der Grundschule in Nobitz, die Turnhalle in Rositz, das Lindenau-Museum, das Theater und der Kreisstraßen sind im Haushaltsplanentwurf enthalten.

Wieder einmal mussten die Gelder für den Breitbandausbau in kompletter Höhe eingestellt werden. Herr Plötner wünscht, gerade für die ländliche Region, dass es gelingt rasch in die Arbeit zu kommen, um kreisweit eine gute Internetqualität zu bekommen. Er sieht es als Chance für den ländlichen Raum, Zuzug und Zuwachs zu bekommen.

Herr Plötner bezieht sich kritisch auf die bestätigte Niederschrift und zitiert: „Herr Plötner bezieht sich auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf und fragt nach, ob dieser öffentlich zugänglich gemacht und die Veröffentlichung in geeigneter Form der Öffentlichkeit mitgeteilt wird. Dies wird bestätigt“. Er hat den Haushaltsplanentwurf jedoch nicht online gefunden. Er weiß nicht, ob dies die Form der Beteiligung ist, die sich die Verwaltung vorstellt.

Zur Schulbezogenen Jugendsozialarbeit hatte sich der Landrat bereit erklärt, die Gelder einzustellen – dies hält Herr Plötner für einen wichtigen Schritt, dass in diesem Bereich die Schulen gestärkt werden. Er bittet Herrn Tanzmann als Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses darum, den Ausschuss in diesem Jahr nochmals einzuladen, um ein Interessenbekundungsverfahren zu starten und keine Zeit zu verlieren.

Die Schulinvestitionspauschale steht im Haushalt mit 480 T€; der Landeshaushalt des Freistaates Thüringen beinhaltet jedoch eine Verdoppelung. Die Argumentation gegen den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE war, dass es noch keinen Bescheid dafür gebe. Deswegen fordert Herr Plötner Herrn Melzer auf, die Verdoppelung einzustellen, um Planungssicherheit für die Verwaltung zu schaffen.

Die Argumentation von Herrn Liefänder zur vorläufigen Jahresrechnung 2019 kann er nachvollziehen. In der Kreisausschusssitzung gab es die Zusage, dass Zahlen geliefert werden. Aus der Zusage am Anfang der Sitzung wurde im Laufe der Sitzung dann jedoch eine Absage.

Das gleiche gilt für den geänderten Stellenplan.

Herr Rückert erhält das Wort. Der Landrat habe bereits sehr gut zum Haushalt ausgeführt. In Bezug auf Wortmeldungen zum Verwaltungs-HH verweist er darauf, dass es dabei um Bereiche geht, bei denen es viele Variablen gibt, z. B. im Bereich Personal. Natürlich gebe es Erfahrungswerte, aber es könne nicht konkret gesagt werden, wie hoch der Krankenstand im laufenden HH-Jahr sein wird und wie hoch der dadurch zu erzielende „Gewinn“ ist. Auch im Bereich der Sozialausgaben müssen umfangreiche Felder bedient werden und diese werden auch nicht weniger. Von daher möchte er, dass die Kreisverwaltung ihren Handlungsspielraum behält.

In Bezug auf die Anmerkungen, dass Gelder, die nicht verwendet wurden, in die Kreisumlage einfließen, denke er, dass es diesbezüglich alle Möglichkeiten im laufenden HH-Jahr gibt, aus dieser Kreisumlage abzuschöpfen und dem Vermögens-HH für sinnvolle Ausgaben zuzuführen.

Natürlich sei allen bewusst, dass die eine oder andere Kommune in finanziell prekärer Situation steht. Abgesehen von der Stadt Altenburg sei es aber der Landkreis, der die größten Schulden trägt. Auch diesem Sachverhalt müsse Rechnung getragen werden. Daher sei er über den vorliegenden ausgewogenen HH-Entwurf sehr froh und seine Fraktion könne gut damit umgehen. Einzelpositionen können zwar immer wieder kritisiert werden oder diese könnten in die Ausschüsse zurückverwiesen werden, aber dies sei nicht zielführend, so Herr Rückert abschließend.

Am Beginn seiner Wortmeldung bedankt sich Herr Zippel bei all denen, die mit der Erarbeitung des HH befasst waren, in erster Linie der gesamten Verwaltung. Nach seiner Wahrnehmung standen die Mitarbeiter der Verwaltung sehr konstruktiv den KTM in den Beratungen zur Seite. Ein besonderer Dank gilt dem Kämmerer, Herrn Heiner. Des Weiteren dankt er den KTM für die intensiven Beratungen in den Ausschüssen. An der Stelle dränge sich die Frage auf, wie tief die Einblicke noch sein sollen. Natürlich kön-

nen immer mehr Einblicke gefordert werden, aber wenn Fragen gestellt werden und diese in den Ausschüssen beantwortet werden, müsse diese Antwort auch akzeptiert werden. Dies habe er in vielen Ausschüssen nicht wahrgenommen. Bezüglich der Kritik, dass der „Spielraum“ sehr eng dargestellt wurde – er könne dies nicht bestätigen. Im Gegenteil, es wurde gesagt, dass mit diesem HH gestaltet werden kann und dass es Raum für die Senkung der Kreisumlage gibt. Was auch geschehen ist und was wiederum ein wichtiges Signal an die Kommunen ist.

Er spricht die geäußerte Kritik an, dass die Zahlen für das laufende HH-Jahr mit Stichtag heute nicht vorliegen. Er persönlich glaube den Aussagen der Verwaltung bzw. dem Kämmerer, wenn diese sagen, dass es nicht möglich ist.

Natürlich werden überschüssige Gelder aus dem lfd. HH-Jahr nicht einfach hinten herunterfallen, sondern diese werden der Rücklage zugeführt und stehen dann für den HH 2021 zur Verfügung. Natürlich werden diese Gelder verantwortungsvoll verwendet. Zu sagen, dass im lfd. HH-Jahr bereits jetzt ein Schlusstrich gezogen werden muss und Gelder, von denen noch niemand weiß, wie hoch sie ausfallen, in den 2020er HH eingeplant werden sollen, sei unseriös und entspreche nicht dem Grundsatz der HH-Klarheit und HH-Wahrheit.

Insgesamt liege ein sehr guter Haushalt vor, der den Landkreis auf allen Ebenen handlungsfähig macht. Einige Eckpunkte möchte er benennen, die der CDU/FDP-Fraktion besonders wichtig sind:

- Die Kreisumlage, die in ihrem Ansatz verantwortungsvoll gesenkt wurde. Dabei gelte es den Spagat zu schaffen zwischen einem handlungsfähigen Landkreis und den Kommunen. Allen sei bewusst, dass vor Ort in den Kommunen die Lebensrealität der Menschen gestaltet wird, dort wird die Kita betrieben, dort ist die Straße, die gebaut werden muss und dort sind Verwaltungen, die die Dienstleistung für den Bürger erbringen. Daher wird natürlich jedes KTM sagen, dass die Kreisumlage nicht über Gebühr erhöht werden soll, sondern mit Augenmaß. Die CDU/FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es genauso passiert ist. Deswegen verstehe er die Kritik nicht und auch nicht die Forderungen nach pauschalen Senkungen – dies sei verantwortungslos.

- Der Stellenplan – Die CDU/FDP-Fraktion sieht den Stellenplan als geeignet für die anstehenden Herausforderungen an. Beispielhaft benennt er die Stellenerhöhungen, die zur Bearbeitung des neuen Bundesteilhabegesetzes dienen. Bekannt sei, dass eine ganze Reihe von zusätzlichen Aufgaben auf die Verwaltung zu kommen. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass mit Augenmaß der Stellenplan angepasst und nachjustiert wurde. Äquivalent sehe man es auch in allen anderen Bereichen.

- Investitionen im HH-Jahr 2020 – Dies werde grundsätzlich positiv gesehen. Im Besonderen benennt er die Investitionen in die Schulen. Natürlich müsste noch viel mehr getan werden. In den Bereichen Kultur und Digitalisierung werden ebenfalls große Investitionen getätigt, die den Kreis zukunftsfähig machen.

Im Folgenden geht Herr Zippel auf einige bereits vorliegende Änderungsanträge ein.

Änderungsantrag „Schulsozialarbeiter“

Man könne dazu stehen wie man möchte. Wenn er in den Schulen unterwegs ist, höre er vor allem, dass Schulsozialarbeiter gebraucht werden, aber nicht nur an den Gymnasien – wie im Antrag gefordert – sondern vor allem an den Grundschulen. Der Bedarf sei vorhanden und daher habe er eine Grundsympathie und Verständnis für die Forderung, aber es müsse mit finanzpolitischer Verantwortung einhergehen. Deswegen verstehe er auch die Verwaltung, die zusätzlich vom Land zur Verfügung gestellten Gelder zunächst nicht in den 2020er Haushalt einzustellen, weil eben der Freistaat für 2021 die Gelder verlässlich nicht zur Verfügung gestellt hat. Wenn dies doch erfolgen würde und die Gelder 2021 nicht kommen, hätte es für den Landkreis eine Unterdeckung in Höhe von ca. 600 TEuro zur Folge, die nicht vom Land refinanziert wird.

Daher sei er für die im Rahmen der Diskussion gefundene Lösung froh und dankbar, dass das Angebot an die freien Träger unterbreitet wird, diese Stellen zu besetzen. Dadurch werde es möglich, die Gelder beim Freistaat abzurufen und für den Landkreis bestehe keine Gefahr. Die CDU/FDP-Fraktion werde diesen Weg mitgehen.

Änderungsantrag „Erhöhung der Instandsetzungskosten bei Straßen und Brücken“

Er denke, dass es ein wichtiges Zeichen an die Bevölkerung im Landkreis ist, in die Infrastruktur zu investieren, zumindest das, was der Landkreis an Infrastruktur hat, instand zu halten. Wenn in den nächsten Jahren noch mehr Gelder dafür „in die Hand genommen“ werden sollen, dann müsse auch die Verwaltung fähig gemacht werden, diese Gelder auf die Straße zu bringen.

Änderungsantrag „Außenanlagen Grundschule Windischleuba“

Ja, es gebe auch den Antrag zur Schulinvestpauschale. Diesbezüglich sei aber noch nicht sicher, ob mit den Geldern verlässlich geplant werden kann, da vom Land Thüringen nach wie vor nicht schriftlich vorliegt, dass sich die Schulinvestpauschale verdoppelt. Seine Fraktion wolle nur mit den Geldern arbeiten, die auch schriftlich bestätigt sind.

Nichtsdestotrotz sollte entsprechend des Vorschlages mit den Geldern auch entsprechend umgegangen werden, wenn die Schulinvestpauschale verdoppelt wird. Trotzdem bleibe er bei seinem Antrag, die 50 TEuro für Windischleuba in den Haushalt aufzunehmen, zumal von Seiten der Verwaltung angekündigt wurde, dass evtl. hohe Planungskosten anfallen.

Er betont abschließend, dass dieser Haushalt heute gebraucht wird. Eine Verschiebung in die Ausschüsse findet er aufgrund der stattgefundenen intensiven Beratung unverständlich. Der Landkreis müsse handlungsfähig bleiben.

Herr Prehl geht auf die Ausführungen von Herrn Zippel ein und äußert, dass er den Eindruck habe, dass Herr Zippel ein falsches Verständnis von dem hat, „was wir hier machen“. Herr Zippel habe geäußert, dass Gelder, die übrig bleiben, der Rücklage zugeführt werden und dann den nächsten Haushalten 2020/21 zur Verfügung stehen. Der Landkreis sei aber kein Unternehmen, was Gewinn macht. „Wir fahren auf Null, wir erwirtschaften unsere Ausgaben und keinen Cent mehr.“ Es sei nicht das Ziel, dass für 2020/21 Geld gespart wird, sondern die Ausgaben werden geplant und dazu diene die Kreisumlage. Herr Prehl nennt Zahlen: 3,8 Mill. Euro waren am 31.12.2018 in der Rücklage, 3,7 Mill. Euro waren für Kredite geplant, die nicht genommen wurden. Trotzdem wurden Investitionen getätigt. Wenn man nicht weiß, welche Rücklagen am 31.12.2019 vorhanden sind, wisse man auch nicht, wie die Investitionen bezahlt wurden. Dann müsse davon ausgegangen werden, dass die Kommunen diese bezahlt haben, weil nur auf diese Art und Weise das Geld in den HH kommt. 5,6 Mill. Euro an Krediten sind für 2020 geplant. Er weiß nicht, wie viel Geld am 31.12.2019 in der Rücklage ist und weiß daher auch nicht, wie die Darlehen am Ende 2020 bezahlt werden, möglicherweise leiht sich der Landkreis das Geld wieder bei den Kommunen. Deswegen sei es wichtig zu wissen, wie die Rücklage im Jahr 2019 aussieht.

Als nächstes erhält Frau Sojka das Wort. Sie kommt auf den Stellenplan 2020 zu sprechen. Sie habe die Fragen bereits im Finanzausschuss gestellt und finde aber nach wie vor keine fachliche Begründung betr. FD Controlling, FB 2. Frau Sojka zitiert aus dem Stellenplan Seite 1, letzter Abschnitt. Dieser Fachdienst Controlling, der neu aufgebaut wurde, habe viel erreicht und gezeigt, was möglich ist, so zum Beispiel die Verhandlungen mit den freien Trägern. Gerade im sozialen Bereich sehe man durch den Rückgang der Fallzahlen, dass etwas geschafft wurde. Sie findet es fachlich als absoluten Fehler, diesen Fachdienst aufzulösen, zumal das nirgendwo fachlich begründet ist. Dies sei eine der Fragen, die nie beantwortet worden sind. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass

dieses KAV-Gutachten, welches 2015 in Auftrag gegeben und im Kreistag vorgestellt wurde, keine „Bibel“ ist. Sie könne nicht erkennen, warum aus Zahlen, die 2015 eine Momentaufnahme waren, diese Stellenveränderungen abgeleitet werden, z. B. im Fachdienst Umwelt die kw-Stelle. Sie bittet, diesen kw-Vermerk herauszunehmen und mündlich zu begründen, warum der FD Controlling im FB 2 aufgelöst werden soll.

Herr Melzer beginnt mit den Worten „Die armen Kommunen, der böse Kreis, der alles wegnimmt.“ Seit 1999 sei er Verwaltungsleiter einer Behörde, die umlagefinanziert ist. Es sei immer in faires Miteinander gewesen mit den Mitgliedsgemeinden und der Verwaltung, so dass man immer zu einem HH gekommen ist. Natürlich habe man die Kommunen im Blick, aber als allererstes müsse ein Kreis-HH aufgestellt werden und Aufgaben sind zu erfüllen, die mit Einnahmen zu untersetzen sind und der ungedeckte Finanzbedarf heißt Kreisumlage. Fakt sei, dass immer Transparenz vorhanden war, wie mit den Geldern umgegangen wird und es gebe auch klare Regeln, wie mit Überschüssen am Jahresende zu verfahren ist, nämlich diese nicht gleich im Folgejahr in die Senkung der Kreisumlage zu setzen, weil das eigentlich nicht zulässig ist. In jeder Sitzung sei dies gebetsmühlenartig dargestellt worden und „sie wollen es aber einfach nicht kapieren, weil sie dagegen sind“, so Herr Melzer weiter. Wenn ein Überschuss vorhanden ist, gehe dieser in den Vermögens-HH und damit sind zunächst Investitionen zu tätigen. Wenn diese Investitionen über diesen Überschuss nicht getätigt werden können, dann sind Kredite dafür aufzunehmen. So sei der Weg und der Kämmerer habe es immer wieder so erläutert.

Im weiteren Verlauf seiner Wortmeldung spricht Herr Melzer die Kreisumlage an und in dem Zusammenhang die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre, im Besondern das Jahresergebnis 2018. Er erinnert daran, dass er in all diesen Jahren als Mitglied im Kreistag saß. An die Verwaltung und die Landräte in der Vergangenheit wolle er keinen Vorwurf machen – es sei immer dargestellt worden, warum es diese Differenzen und Überschüsse gab. Die Verwaltung habe dann entgegengesteuert, aber da man nicht im Bereich des Kreisumlageniveaus von 2019 war, sondern diese gesenkt wurde, sind insgesamt – betr. Differenz zwischen dem Kreisumlagesatz 2019 und 2020 – fast 2 Mill. Euro zurückgegeben worden. Es wurde eins gemacht: Die Verwaltung gibt aus der Rücklage, die eigentlich für Investitionen benötigt wird, den Gemeinden Geld und die Schlüsselzuweisung wird zur Kreisumlagesenkung verwendet. Dies könne nur ein Einmaleffekt sein und nicht die Regel, denn die Kreisverwaltung habe im Sinne der Gemeinden Aufgaben zu erfüllen (Schulen, Straßen usw.) Da ist kein Auspielen da und er findet es nicht gut, dass auf diese Art und Weise miteinander umgegangen wird.

Ferner verweist Herr Melzer auf ein Entlastungspaket des Bundes für die Sozialhilfeträger (insgesamt 5 Milliarden Euro). Für die drei Jahre 2018 – 2020 seien anteilig in Thüringen 2,4 Milliarden Euro zur Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer eingestellt worden. Ganz konkret erhalten die Kommunen des Altenburger Landes für die Aufgaben des Sozialhilfeträgers (Landkreis, nicht die Gemeinden) 2018 - 1,86 Mill., 2019 - 2,29 Mill. und im Jahr 2020 - 2.539 Mill. Er sei nicht auf die Gemeinden zugegangen oder habe als Verwaltung den Vorschlag gemacht, dass die Gemeinden diese 2,5 Mill. Euro zurückgeben, so dass wir im Sozialbereich damit arbeiten können.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens seien die Gemeinden abgefragt worden. Von 30 Gemeinden haben 5 eine Stellungnahme abgegeben, 6 Gemeinden eine Fehlmeldung. Herr Melzer zitiert: „Als Ergebnis der durchgeführten Überprüfung ist festzustellen, dass infolge der angehörten Kreisumlage die finanzielle Mindestausstattung der Kommunen nicht gefährdet ist, und auch die Aufgabenerfüllung im freiwilligen Bereich möglich ist. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass bei einzelnen Kommunen Indizien für ein strukturelles Defizit bestehen. Trotz dessen ist die Aufgabenerfüllung im freiwilligen Bereich möglich.“ Wenn auch knapp, dies sei klar, so Herr Melzer weiter. Er bittet

darum, die Beschlussfassung zum HH nicht aufzuschieben, denn es gebe keinen Grund. Es könne nicht konkret gesagt werden, wie das Jahresergebnis 2019 aussieht. Herr Heiner habe immer genannt, dass ca. 800 TEuro Überschuss vorhanden sein werden, der der Rücklage zugeführt wird. Er bittet nochmals, diesen HH – der ausgeglichen ist – nicht in die Ausschüsse zu verweisen.

Herr Gumprecht nennt die vorliegenden Änderungsanträge nach Eingang:

- Anträge der Fraktionen DIE LINKE/SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 14.11.2019
 1. Schulinvestitionspauschale
 2. Schulbezogene Jugendsozialarbeit
 3. Stadtverkehr Schmölln

Frau Schenk beginnt mit dem Änderungsantrag zur Schulinvestitionspauschale und bezieht sich auf die Aussage von Herrn Zippel, dass man Vertrauen haben sollte. Insofern hat ihre Fraktion auch Vertrauen darauf, dass der Haushaltsansatz des Landes, der diese Verdoppelung ausweist, durchaus sinnvoll ist. Es handelt sich um ein fundiertes Konzept, welches sogar von der Verwaltung aufgegriffen wurde, indem eine Prioritätenliste vorgelegt wurde. Diese wurde im Kreisausschuss ausgereicht und ist sinnvoll, da die Schulen aufgegriffen wurden, die sowohl im CDU- als auch im AfD-Antrag nach Abgabe des Antrages der Fraktion SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN eingereicht wurden. Es kann nicht danach gehen, welche Schulen am meisten auf den Tisch klopfen, sondern darum Bedarfe zu erkennen.

Für die betreffende Schule, für die es einen extra Änderungsantrag gibt, müsste erstmal geplant werden.

Die beiden anderen Änderungsanträge der Fraktionen von Herrn Rückert und Herrn Zippel wären damit überflüssig, denn bereits am 14.11.2019 wurden diese drei Schulen in die Liste aufgenommen.

Herr Plötner erklärt, dass dieses Jahr durchaus von Wahlen geprägt war, wobei für die Wähler eine gute Bildungspolitik am wichtigsten war. Es besteht Konsens, dass es gut ist, dass die Zeiten von 5-Jahres-Plänen vorbei sind; dementsprechend weiß man nicht, wie es in manchen Folgejahren finanziell aussieht.

Bei der Schulinvestitionspauschale geht es um intakte und gute Schulgebäude. Herr Plötner versteht nicht, warum die Verwaltung es nicht versteht: wieso kann man 480 T€ für 2020 auf Grundlage der Landkreisgröße und Schülerzahlen planen - aber wenn das Land die Verdoppelung im Haushalt darstellt, ist man dann nicht in der Lage diese Verdoppelung ebenso einzustellen.

Verwaltungsseitig wurde Herrn Zippel mitgeteilt, dass 50 T€ für Windischleuba nur ein geringer Ansatz sind. Die 100 T€, die bei der Schulinvestitionspauschale für Windischleuba eingestellt sind, wäre durchaus eine realistischere Zahl.

Er bittet darum, dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE/SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN zu folgen.

Zum Stadtverkehr Schmölln: Es wurde eben genannt, wie wichtig Mobilität für die Bürger ist. Es geht um die Grundfrage, warum dieses Geld eingestellt werden sollte. Für seine Fraktion ist es wichtig, auch wenn noch keine konkreten Zahlen bekannt sind. Es geht um ein grundsätzliches Zeichen, dass man weiter hinter diesem Projekt steht.

Zum Ergänzungsantrag Sportentwicklungsplan führt Herr Plötner aus, dass es seiner Fraktion wichtig war, dass man zu einer neuen Sportentwicklungsplanung kommt. Die wichtige Botschaft ist jedoch, dass das Ministerium die alte Planung noch akzeptiert,

wenn es darum geht, Förderbescheide auszustellen. Es gab Fahrpläne seitens der Verwaltung, wie dies im nächsten Jahr angegangen werden soll. Es ist der richtige Weg, da auch die Kommunen mitgenommen werden sollen. Dann hat man bald einen guten, aktuellen Sportentwicklungsplan für den Landkreis.

Herr Plötner kündigt an, dass ein Geschäftsordnungsantrag gestellt werden soll, den HH in die Ausschüsse zurückzuverweisen, um weiter beraten zu können.

Der kürzlich eingegangene Vorschlag der SPD-Fraktion, dass die KU-Vermerke bei der Unteren Umweltbehörde entfallen sollen, folgt auch die Fraktion DIE LINKE.

Herr Schrade möchte einige Argumente zu den Ausführungen von Herrn Plötner ergänzen. Man befindet sich bereits im 5. Jahr von „Schmölln macht mobil“, welches vom Freistaat und mit Hilfe des MDV und der THÜSAC gefördert wird.

Mit viel Engagement des Landkreises wurde die Phase 1 für die Stadt Schmölln umgesetzt. Frau Bonert hat die Zahlen für dieses Projekt bereits ausgeführt. Es handelt sich um ein Erfolgs- und Zukunftsprojekt. Über alle Fraktionen hinweg wird über die Zukunft des ländlichen Raumes und den ÖPNV gesprochen. Mit dem Projekt, welches am 30.06.2020 seinen Abschluss finden wird, soll dann in die Umsetzung gegangen werden. Heute wurde darüber gesprochen, was Vertrauen ist. Vertrauen in das Land, dass die Mittel für die Schulinvestpauschale kommen, besteht seitens der Verwaltung nicht; der Kreistag soll aber das Vertrauen haben, dass man das Projekt im nächsten Jahr „hinbekommt“. Die Entscheidung ist dem Kreistag noch vorbehalten, da aus nachvollziehbaren Gründen noch nicht darüber befunden wurde, weil die THÜSAC noch kalkulieren musste. Wenn dies im Februar oder März 2020 entschieden werden soll, gäbe es jedoch keinen Haushaltsansatz. Mit diesem Antrag soll deshalb die Möglichkeit geschaffen werden, einen Haushaltsansatz einzustellen. Das Land ist sich darüber bewusst, dass der ÖPNV die Zukunftsfrage im ländlichen Raum ist. Man sollte fraktionsübergreifend nicht nur über den ländlichen Raum reden, sondern auch Gelder dafür einstellen.

Herr Zippel kommt nochmals auf die 50 T€ für die Grundschule in Windischleuba zu sprechen. Bereits im Kreisausschuss wurde festgestellt, dass es dazu ein unterschiedliches Politikverständnis gibt. Wenn den Kreistagsmitgliedern durch die Eltern ein Mangel signalisiert wird, dann sollte reagiert werden, dies ist das Politikverständnis der CDU/FDP-Fraktion. Man reagiert darauf und versucht Lösungen für den Einzelfall zu finden und verlässlich zu reagieren.

Nur weil Gelder im Landeshaushalt eingestellt sind, heißt es nicht, dass diese auch ausgegeben werden. Es gibt Mittel, welche nicht abgerufen werden, da z. B. die Kofinanzierung oder die Verwendungsrichtlinie nicht steht. Das Vorhandensein der Haushaltsstellen hat keine Bedeutung.

Deshalb will seine Fraktion die Verlässlichkeit für die Grundschule haben und Gelder aus der Rücklage dafür verwenden.

Der Punkt der Straßeninstandsetzung und Brücken scheint unstrittig.

Der Änderungsantrag der Schulsozialarbeit kann mitgetragen werden, wenn die Übergabe an die freien Träger gewährleistet ist.

Für Schmölln macht mobil wurde seitens der Verwaltung bereits gezeigt, dass Sachen auf den Weg gebracht wurden. Nichtsdestotrotz, wenn die Mehrheit der KTM dafür ist, dass diese Gelder eingestellt werden sollen, kann sich seine Fraktion dem anschließen.

Er bittet Herrn Melzer um eine kurze Aussage, wie die Verwaltung diesen Antrag einschätzt.

Auch zu den Sportstätten bittet er um eine Aussage, ob es notwendig wäre, die Gelder in 2020 einzustellen. Es wurde signalisiert, dass es sinnvoller wäre, die Gelder erst im Jahr 2021 einzustellen. Wenn es so wäre, könnte man folgend darüber diskutieren.

Der Stellenplan wird als gut aufgestellt angesehen. Wenn dies intensiver hätte diskutiert werden sollen, hätte man dies bereits in den Ausschüssen tun können. Es ist jedoch nicht geschehen. Auch hier wird der Empfehlung der Verwaltung gefolgt.

Frau Schenk kommt auf den signalisierten Mangel in der Grundschule Windischleuba zurück. Bei ihrem Politikverständnis braucht man nicht auf signalisierte Mängel warten, sondern sieht bereits vorher die Notwendigkeit die Infrastruktur in Stand zu halten. Der Landrat wird dies auch ähnlich sehen und deshalb ist die Verwaltung auf den Vorschlag ihrer Fraktion eingegangen und hat eine Prioritätenliste vorgelegt, die drei Vorschläge meldet. Sie findet es besorgniserregend nur dann zu reagieren, wenn jemand besonders „laut schreit“.

Ihr Politikverständnis ist dann wohl das „Rasenmäher-Prinzip“, denn sie möchte vorhandenes Geld der Landesregierung auf Basis des Vertrauens nutzen, um notwendige Investitionen bei allen Schulen anzusetzen.

Da man sogar von der Verwaltung gehört hat, dass 50 T€ zu gering angesetzt sind, da zuerst geplant werden muss, könnte man auch bei dem „Rasenmäher-Antrag“ vom 14.11.2019 bleiben.

Herr Plötner fragt Herrn Zippel, der sich intensiv gegen pauschale Aktionen ausgesprochen hat, welche Straße und Brücke dann genau für den Sanierungsbedarf im Antrag angesprochen wird.

Frau Rath kommt auf die KW-Vermerke zu sprechen, welche sie auch im Ausschuss bereits angesprochen hat. Herr Bergmann wollte dies in dem Fachbereich/Fachdienst diskutieren. Bis heute hat sie jedoch keine Antwort erhalten.

Wenn sie den Stellenplan betrachtet, steht zum Fachdienst Umwelt und Naturschutz nichts bzw. kann die zu kleine Schrift nicht gelesen werden.

Bereits 2013 gab es ein Gutachten für die Stellen. Dort wurden zwei Fachdienste zusammengelegt. Danach gab es 2016/2017 eine weitere Organisationsuntersuchung, bei der festgestellt wurde, dass in vielen Landkreisen weniger Mitarbeiter in diesem Bereich beschäftigt sind. Jedoch sind wir der bevölkerungsdichteste Landkreis mit wenig Wald. In unserer Verwaltung sind 21 Mitarbeiter im FD 44; im Durchschnitt gibt es in den anderen Verwaltungen 23 Mitarbeiter. Nach Wegfall der beiden Stellen gäbe es nur noch 19 Mitarbeiter; im Landkreis Greiz hingegen 29.

2017 hat sich das Thüringer Wasserhaushaltsgesetz geändert – es gibt neue Auflagen und mehr Aufgaben für die Behörden. Man sollte auch die europäische Wasserrahmenrichtlinie einhalten, ansonsten drohen Deutschland hohe Strafzahlungen. Hinzu kommen die neuen Abwasserkonzepte, die bearbeitet und beschlossen werden müssen.

Man kann sich in diesen Bereichen keine Stelleneinsparungen leisten, da die Mitarbeiter bereits jetzt am Limit sind.

Zum FD Bauordnung und Denkmalschutz hat Frau Rath bereits nachgefragt, warum die Sekretariatsstelle gestrichen wird. Diese Aufgaben müssen dann die Bauingenieure übernehmen, die ggf. dann ihre Anträge nicht mehr bearbeiten können.

In Zeiten von Umweltschutz und im Baubereich spürt man die Wirtschaft. Sie kann nicht verstehen, warum die CDU-Fraktion dies so toleriert. Die Umwelt- und Bauverwaltung wird dringend benötigt.

Wenn in Zeiten von Klimawandel und Fridays for Future in dem Bereich Stellen gestrichen werden, wurden die Zeichen der Zeit nicht erkannt wurde.

Herr Rückert bezieht sich zunächst auf den „Nicht-Antrag“ der Fraktion DIE REGIONALEN zur Kreisumlage. Erst habe die Fraktion die Forderung angekündigt, am Ende nicht ausgeführt. Es werde immer viel getrommelt. Letztendlich müsse festgestellt werden, dass durch eine solide, gute HH-Führung Schulden abgebaut wurden. In diesem Zusammenhang bedankt sich Herr Rückert bei der Verwaltung, besonders beim FD Finanzen für die umsichtige Arbeit.

- Betreffs Antrag Schulsozialarbeit – gute Sachen sollen nicht schlecht geredet werden, so Herr Rückert, obwohl dies programmatisch bei der AfD-Fraktion anders priorisiert ist. Es sei eine tolle Sache. Es handele sich um Landesmittel, über die in Erfurt beschlossen wurde. Evtl. würde die AfD-Fraktion sagen, dass prioritär die Lehrerstellen zu ertüchtigen sind. Dann könnten diese Gelder von Haus aus anders verteilt und damit die Schullandschaft attraktiver gestaltet werden. Die AfD-Fraktion glaube, dass das wichtiger ist. Nichtsdestotrotz werde der Auftrag, den die Schulsozialarbeiter haben, anerkannt. Es ist schön, dass sie da sind und es wirke sich sicherlich positiv aus. Dies werde anerkannt. Es muss natürlich finanzierbar sein und deswegen könne es nur über freie Träger geleistet werden und der Kreis müsse außen vor bleiben, weil eine Folgefinanzierung nicht gewiss ist. Natürlich gebe es auch eine soziale Verantwortung und diese habe sich seine Fraktion „auf die Fahne“ geschrieben. Wenn einmal Mitarbeiter beschäftigt und Programme begonnen werden, dann werde es nicht nach zwölf Monaten abgebrochen, nur weil die Folgefinanzierung fehlt. Diesbezüglich werde Verantwortung gezeigt.

- Betreffs Antrag Schulinvestpauschale – Er pflichtet Herrn Zippel bei. Er sei auch so erzogen worden – es könne nur mit dem Geld gearbeitet werden, was verlässlich zur Verfügung steht. Es sei noch nicht klar, ob das Geld im Landkreis ankommt und von daher würde er es als verantwortungslos empfinden, wenn Versprechungen nach außen getragen werden, die evtl. nicht gehalten werden können.

- Betreffs Antrag Stadtverkehr Schmölln – Ihm liegen noch keine Zahlen/Fakten vor, wie sich „Schmölln macht mobil“ ausgewirkt hat. Dies hätte er gern gewusst, bevor weitere Gelder für die 2. Phase freigegeben werden. Ansonsten sei es eine tolle Initiative, die unterstützt wird, aber die auch verifizierbar sein muss.

Wenn das Schmöllner Land mobil gemacht werden soll, dann benötigt es auch eine materielle und personelle Hinterlegung; Geld allein reicht nicht, so Herr Rückert weiter. Diesbezüglich hätte er gern aus dem Bereich der Verwaltung eine Expertise, wie es aussieht, was vorhanden ist und was noch beschafft bzw. was noch ausgebildet werden müsste.

- Betreffs Antrag Straßen- und Brückeninstandsetzung – Die Gelder seien ein „Tropfen auf den heißen Stein“, aber wie bekannt ist, gibt es grundsätzlich auch eine Verteuerung, Tarifierpassungen, Mehrkosten beim Material usw. Von daher glaube er, dass diese 2 x 50 TEuro für Brücken- und Straßeninstandsetzung sehr wohl richtig angelegt sind. Er geht davon aus, dass seine Fraktion diesen Antrag unterstützt.

- Betreffs Antrag Sportstättenentwicklungsplan – „tolle Initiative“, so Herr Rückert. Tatsächlich gebe es bereits einen zeitlichen Verzug. Der letzte Plan stamme aus dem Jahr 2007. Bezüglich der personellen Belastung und des umfangreichen Aufgabenportfolios wurde ein praktikabler Lösungsansatz gefunden, nämlich dass es die Absprachen mit dem TMBJS gibt und Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden und dass damit die Erhaltung und die Bewirtschaftung unserer Sportstätten und Spielstätten gesichert sind.

Wenn ein solcher Antrag gestellt wird, mache es evtl. Sinn, das eine oder andere im Vorfeld zu hinterfragen. Dann hätte man festgesellt, dass zum Großteil die Hausaufgaben verwaltungsseitig bereits erledigt sind und dass die Gemeinden ihren Anteil bereits geleistet haben. Es fehlen lediglich noch die Spielplätze, die erfasst werden müssen. Es sei selbstverständlich, dass das ganze Konzept durch fachkompetente Unternehmen zusammengefasst wird, bevor es nach Erfurt eingereicht wird. Es bestehe Einigkeit, dass zur Entspannung der Finanzlage beiträgt, dass der finanzielle Ansatz, den der Antrag vorsieht, deutlich unterschritten werden kann.

- Betreffs Antrag Grundschule Windischleuba – Dieser CDU-Antrag wurde auch als symbolhaft bezeichnet. Von der AfD-Fraktion liege ein fast gleichlautender Antrag vor. „Wer am lautesten schreit, wird zuerst bedient“ – dies sei mitnichten so. Auf diesem Schulhofgelände gebe es Gefahrenquellen und das sei untragbar. Es gebe überall Schulen im Landkreis, wo es Mängel gibt, aber in Windischleuba gehe es um einen Bereich, in dem sich Kinder täglich bewegen. Es sei die Pflicht und zunächst das Wesentliche, sämtliche Gefahrenquellen auszuschalten und dafür seien 50 TEuro angemessen.

- Betreffs AfD-Antrag Toilettenbereich Gymnasium Meuselwitz – Es gehe um den desolaten Zustand, den er persönlich in Augenschein genommen habe. Der Zustand sei katastrophal und nicht haltbar und ein externer Prüfer würde diese Gebäude von außen sofort zuschließen. Damit wäre niemandem geholfen; die Schule sei auf dieses Gebäude angewiesen, so unschön es auch wirke. Die geforderten Gelder sollen für eine Notinvestition eingesetzt werden. Herr Melzer wird hoffentlich noch bestätigen, dass die Sanierungsmaßnahmen in Kürze folgen werden. Das Geld sei dafür gedacht, Gefahrenquellen auszuschalten.

- Betreffs kw-Vermerke im Bereich Umweltschutz – Herr Rückert vergleicht die Verwaltung mit einer Maschine. Wenn oben etwas hineingesteckt wird, erwartet er, dass hinten ein Produkt herauskommt. Wie die Maschine innendrin funktioniert, gehe doch den Einzelnen nichts an. Ein KTM dürfe natürlich alles hinterfragen und darf auch eine bestmögliche Auskunft erwarten. Herr Rückert sieht aber eine Hoheit und das Recht eines Behördenleiters, seine Behörde intern mit den Möglichkeiten, die er hat, so zu gestalten, dass sie funktioniert. Er habe Vertrauen in die Behördenleitung und keine Bedenken. Im Hinblick auf die sinkenden Einwohnerzahlen müsse auch dem zu unterhaltenden Verwaltungsapparat Rechnung getragen werden. Am Ende werde eine Verschlan-
kung notwendig sein. Er gebe das Vertrauen an Herrn Melzer als Behördenleiter auf den Weg. Wenn der Landrat den Stellenplan so vorlegt, habe er keine Beschwerden und sei durchaus gewillt, seine Fraktion zu animieren, dem vorbehaltlos zuzustimmen.

Herr Rosenfeld weist darauf hin, dass er den Antrag der AfD-Fraktion nicht mit geltenden Recht für vereinbar hält. Es soll für die Durchführung notwendiger Wartungs- und Investitionsarbeiten Geld eingesetzt werden. Wartungsarbeiten werden jedoch im VwHH und Instandsetzungsarbeiten im VmHH gebucht. Es ist nicht klar, wie viel Geld wofür eingesetzt werden soll. Außerdem sollen 10 T€ aus der Kreisumlage verwendet werden – diese wiederum wird von den Städten und Gemeinden erhoben – dort kann nichts entnommen werden. Er kann diesem Antrag nicht zustimmen, da geltendes Recht nicht beachtet wurde.

Herr Schrade bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Rückert und äußert, dass man damit der Arbeit der letzten Jahre nicht gerecht wird.

Die Fahrgastzahlen, wie man leicht recherchieren kann, haben sich in den ersten 100 Tagen verdoppelt. Es handelt sich um das Zukunftsthema für den ländlichen Raum und dies soll auch weiter verstetigt werden. Diese Arbeit sollte nicht kleingeredet werden.

Man ist nun soweit, dass man im Februar/März 2020 „Pakete“ zur Abstimmung stellen kann. Grundlage war eine Befragung, bei der eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gewünscht wurde.

Zu den Ausführungen von Frau Rath zu den KW-Vermerken ergänzt Herr Schrade, dass man sich natürlich informiert hat. Natürlich wird für die vielen Anträge etc. genügend Personal benötigt, um alles bearbeiten zu können.

Zur Kreisumlage hat er wahrgenommen, als ob man dem Landkreis ungerechtfertigt Geld „wegnehmen“ will – dies ist nicht der Fall. Der Landkreis muss Aufgaben erfüllen und muss dafür auch finanziell ausgestattet sein. Zur Deckung des Finanzbedarfs bedient er sich der Kreisumlage. Trotz alledem sollte man sich die Zeit nehmen, dass man den Kommunen etwas zugesteht, wenn sich die Rücklage oder Zuführung anders entwickelt.

Die Stadt Schmölln „jammert“ selten bzgl. der Kreisumlage; jedoch steht es auch bei der Stadt Schmölln „spitz auf Knopf“ und man muss überall streichen und schieben. Der Stadt fehlen 1/3 Gewerbesteuererinnahmen und man erreicht bei weitem nicht das Soll für 2019. Dies kann und wird auch andere Gemeinden ereilen.

Es geht darum, sich die Zeit zu nehmen, um sich die Zahlen nochmals anzuschauen.

Der Kredit von 3,7 Mio. € musste in diesem Jahr nicht in Anspruch genommen werden. Dann darf aber auch die Frage erlaubt sein, ob ggf. einige Ausgaben zu groß geplant wurden.

Herr Plötner erklärt, dass durch die Rot-Rot-Grüne Landesregierung das Sportfördergesetz eingebracht und beschlossen wurde. Auch für das Jahr 2020 sind Gelder vorgesehen. Ziel dieser Gelder ist es, Vereine in dem Sinne zu fördern, dass die Kommunen den Vereinen für die Sportstätten und -plätze nichts mehr in Rechnung stellen. Dementsprechend soll der Vereinssport unterstützt werden. Er fragt im Hinblick z. B. auf die Stadt Meuschwitz, inwiefern es zu diesem Vorgang dazu Verabredungen/Absprachen/Vereinbarungen gab, dass unsere Vereine kreisweit gefördert werden, indem sie kostenfreie Sportstätten nutzen können. Bei der Umlagenprognose für die Stadt Meuschwitz für das nächste Jahr hat er große Sorge, dass dies eintreffen wird. Er fragt, wie mit diesem Thema umgegangen wurde.

Herr Prehl bezieht sich auf den Antrag zur Grundschule Windischleuba. Es wird dargestellt, dass akute und ernsthafte Gefahren bestehen, die es notwendig machen, dass man dringend handelt. Er fragt, ob ernsthaft solche Gefahren bestehen und „wieso lassen Sie die Kinder dann dahin?“. Wenn Gefahren bestehen, wie es von Herrn Rückert dargestellt wurde, fragt er sich, wieso die Kinder in diese Schule gelassen werden. Ansonsten schlägt er vor, dass man es anständig plant.

Herr Rückert bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Rosenfeld und stellt fest, dass im Antrag nicht „aus der Kreisumlage“ sondern „aus der Kreisrücklage“ steht.

Bei Schmölln macht mobil geht es nicht darum ein gutes Projekt kaputt zu reden. Auch seine Fraktion steht hinter dem Projekt, jedoch muss es vernünftig angepackt werden.

Der erste Ansatz von 50 T€ für das Mehrzweckgebäude in Meuschwitz bezog sich natürlich auf eine Sanierung; nach der letzten Kreisausschusssitzung wurde der Antrag geändert und der Ansatz auf 10 T€ reduziert – nun kann man es durchaus als Instandsetzung definieren. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass die Schüler am Seckendorff-Gymnasium wieder funktionale Sanitäreinrichtungen haben.

Zum Gelände der Grundschule Windischleuba führt Herr Rückert aus, dass es eine Schulpflicht gibt und damit erklärt sein sollte, warum die Schüler täglich zur Schule gehen. Der Antrag bezieht sich auf den Schulhof und nicht auf das Schulgebäude.

Herr Melzer beginnt mit den Schulen. Er ist dankbar, dass der ursprüngliche Antrag mit 2 x 50 T€ reduziert wurde. Im Kreisausschuss wurde dies auch besprochen. Bereits im letzten Jahr hat Herr Wolf die dramatischen Verhältnisse in der Turnhalle und der Mensa angesprochen – dafür wurde noch in 2018 eine Lösung gefunden (z. B. Maler-, und Bodenarbeiten), um die Situation zu entspannen.

Bei Meuselwitz sollte man beachten, dass im Entwurf der Schulnetzplanung die Größe der Gymnasien mit mind. 540 Schüler definiert ist.

Nun liegt das neue Thüringer Schulgesetz vor und man geht davon aus, dass die Gymnasien, so auch in Meuselwitz, gehalten werden können. Beim Mehrzweckgebäude war ursprünglich vorgesehen, dieses abzureißen; nun hat die Stadt Meuselwitz sich dazu entschlossen dieses „ortsbildprägende Gebäude“ zu erhalten.

Herr Melzer erklärt den bisherigen Verlauf des Sachverhalts. Herr Wenzlau hatte angekündigt, dass er sich die Situation in Meuselwitz noch vor dem Kreistag ansehen wird. Dies ist auch geschehen, weshalb Herr Melzer vorschlägt noch in 2019 beginnend (mit Haushaltsmitteln aus 2019) notwendige Sanierungsmaßnahmen (Sanitär- und Umkleidebereich für das Küchenpersonal, Raum für das Reinigungspersonal und WC-Anlagen) durchzuführen. Die Realisierung wird jedoch erst im Jahr 2020 erfolgen können. Schätzungen zufolge werden dafür ca. 15 T€ benötigt.

Herr Melzer bittet Herrn Heiner um eine kurze Ausführung, warum 480 T€ eingestellt wurden. Ihm fehlt noch immer das von Frau Sojka angekündigte Schreiben des Staatssekretärs.

Herrn Thieme bittet er etwas zum Verfahren bei Schmölln macht mobil zu sagen. Der zweite Abschnitt ist natürlich gewollt. Eingangs hat Herr Melzer bereits erwähnt, dass man noch nicht soweit ist, da die entsprechenden Dinge noch nicht so weit vorangehen sind. Man will mit präzisen Zahlen aufwarten und es gibt einen Haushaltsansatz für Schmölln macht mobil. Nach dieser Vorlage wird es jedoch nicht passieren, dass in Lucka, Fockendorf und Rositz erweitert wird, da es sich dabei um den Nordbereich handelt und dieser nicht zu Schmölln macht mobil gehört.

Herr Wenzlau wird zur Sportstättenrahmenplanung ausführen. Im Sportbeirat wird man sich damit im Dezember beschäftigen. Ab 2021 gibt es bis zu 60 % Fördermittel, welche genutzt werden sollen. Deshalb ist der Vorschlag 2021 die Eigenmittel einzustellen und 60 % Förderung zu beantragen. Dies wird derzeit vorbereitet.

Zum Personal im FD 20 und FD 43 sowie FD 44 bittet er um Ausführungen durch Herrn Wiegner. Die Fachdienste 43 und 44 sind die Bereiche, die immer gelobt werden und eine gute Arbeit machen. Natürlich ist man auch für eine angemessene Personalausstattung.

Herr Melzer bezieht sich auf die AG Struktur und die Untersuchung und wendet sich an Frau Rath – wenn 12 von 17 Landkreisen in diese Untersuchung eingebunden werden und man sich mit der Fachdienstleiterin und dem Fachbereichsleiter einig ist, wie man zukünftig bis Ende 2020 verfahren will, kann er den Antrag von Frau Rath nicht nachvollziehen. Es wurde in den Fachbereichen abgestimmt. Wenn die KW-Vermerke gestrichen werden würden, kostet eine Stelle ca. 60 T€; d. h. 120 T€ die aus Sicht der Gutachten nicht dringend notwendig sind.

Der FD 20 soll weder aufgelöst noch degradiert werden. Man ist im offenen Gespräch mit dem Fachbereichsleiter. Das Controlling soll gestärkt werden. Es gibt klare Absprachen, was Sekretariatsstellen betrifft, welche so bereits zur Amtszeit von Frau Sojka umgesetzt wurden.

Es wird nicht an die Substanz der Fachdienste gegangen; z. B. gibt es nun 5 statt 4 Prüfungenieure.

Herr Heiner informiert zur Schulinvestpauschale, dass der Haushaltsansatz von 480 T€ gewählt wurde, da es in den letzten Jahren die normale Schulinvestpauschale i. H. v. 480 T€ vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft gab. Die zusätzliche Pauschale i. H. v. 810 T€ kam vom Ministerium für Inneres und Kommunales und wird nicht mehr weiter geführt. Deshalb bliebe es bei dem Ansatz von 480 T€. Es ist bewusst, dass sich der Haushaltsansatz des Freistaates Thüringen verdoppelt hat – von ehemals 15 Mio. € auf nun 30 Mio. €. Es wurde eine Anfrage an Herrn Prof. Langlotz, der im Rahmen der Bescheiderstellung dafür zeichnet, gestartet. Bislang gab es noch keine Rückantwort, wie sich die Schulinvestpauschale entwickelt. Es ist auch nachvollziehbar, dass das Ministerium noch nicht vorgreifen kann, wenn die Bescheide erst im März/April erlassen werden. Herr Heiner schlägt aufgrund der unklaren Situation, dass über diese im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe beschlossen wird, wenn die zusätzlichen Mittel kommen. Dann würde die Verwaltung auch eine Liste vorlegen, welche Maßnahmen es betreffen soll.

Herr Thieme berichtet, dass es sich bei „Schmölln macht mobil“ um einen Arbeitstitel handelt, der gewählt wurde, da man sich im ehemaligen Landkreis Schmölln aufhält. Es gibt nun einen neuen Arbeitstitel, der „Regionalverkehr verbindet“ heißen soll.

Die Stufe 1 – der Stadtverkehr in Schmölln – wurde abgeschlossen und in Takt genommen. Der 2. Schritt soll es sein, den Kreistag vorzuschlagen einige Module umzusetzen. Das Basismodul beinhaltet den PlusBus, den TaktBus und die satzungskonforme Abwicklung des Schülerverkehrs. Dafür wird jedoch auch die Schulnetzplanung benötigt.

Es wird zu einer Umstellung des gesamten Verkehrs kommen. Dazu werden noch 4 Erweiterungen angeboten: Abenderweiterung, Wochenenderweiterung, Nachbarschafts-verkehr und Verkehr in kleinen Ortschaften. Die Fahrpläne werden derzeit erarbeitet. Es gab Fördermittel für die Stelle eines Projektsachbearbeiters und die Stelle des Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Wenn die Fahrpläne mit dem MDV endabgestimmt sind, wird daraus eine Technologie für die THÜSAC entwickelt, d. h. dementsprechend werden Busse und Busfahrer geplant. Außerdem müssen die Fahrzeuge für den Verkehr in kleinen Ortschaften gebunden werden. Derzeit verzeichnet es sich, dass es immer weniger kleine Unternehmen gibt, weniger Busfahrer und es gibt das Problem Busse zu beschaffen.

Im ersten Quartal 2020 soll der entsprechende Kreistagsbeschluss gefasst werden, damit man in die Busbestellung, Förderung und Fahrerbeschaffung gehen kann. Danach kann stufenweise mit der Umsetzung im 2. Halbjahr 2020 begonnen werden. Deswegen geht die Verwaltung davon aus, dass das Geld nicht auf einmal benötigt wird. Dies ist auch so mit der THÜSAC abgesprochen.

Wenn der Beschluss so gefasst wird, wird danach noch ein Beschluss zur Änderung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages benötigt.

Herr Wenzlau erklärt, dass die Sportstättenentwicklungsplanung im Thüringer Sportförderungsgesetz aus Dezember 2018 entnommen ist. Es gibt eine Sportstättenrahmenplanung aus dem Jahr 2007, die mit den gestellten Anträgen der Vereine jährlich definiert und bestätigt wird. Nach Rücksprache mit dem Ministerium wird dies auch so lange für die Förderung von Sportanlagen anerkannt, bis die Landkreise neue Sportstättenentwicklungspläne erarbeitet haben. Ziel dafür ist 2024.

Eine Förderung dieser Sportstättenentwicklungspläne, die extern bearbeitet werden sollen, wird ab 2021 im Land verankert sein. Bis zum August 2020 wird ein entsprechender Antrag vorbereitet; dort wird die Förderung mit 60 % beantragt, sodass dann die Zuarbeiten der Städte und Gemeinden zusammengefasst als Grundlage für die Sportstättenentwicklungsplanung in Ansatz gebracht werden kann.

Der Auftrag kann erst ausgelöst werden, wenn die Förderung bestätigt ist. Ein entsprechender Haushaltsansatz wird im Jahr 2021 verankert.

Herr Wenzlau informiert, dass man sich die Toilettenanlagen in Meuselwitz vor Ort nochmals angeschaut hat. Diese Toiletten sind bereits seit über 15 Jahren gesperrt. Dort gibt es nur einen Zugang für die Kollegin aus der Speiserversorgung. Es gibt die Entscheidung, dass für diese Kollegin der sanitäre Bereich und einen weiteren Raum in der Hausmeisterwohnung im 1. OG hergestellt wird. Dies wird noch im Jahr 2019 nutzbar. Die beiden Toilettenanlagen im Erdgeschoss werden demontiert, sodass dort eine Grundlage für eine Instandsetzungsmaßnahme im Jahr 2020 gefunden werden kann. Es wird eine zusätzliche sanitäre Anlage entstehen, jedoch nicht in der jetzigen Anzahl.

Herr Wiegner macht Ausführungen zur Stellenbemessung im Allgemeinen und zu den Anfragen im Bereich Bauordnung und Umwelt.

Bereits in der Amtszeit von Herrn Rydzewski sei die Personalausstattung immer ein großes Thema gewesen. Bereits 2001 sei eine erste Organisationsuntersuchung im Gesundheitsbereich durchgeführt worden; 2003 im Bereich des Jugendamtes; 2004 habe die Strukturuntersuchung das gesamte LRA betroffen. Im Ergebnis wurde das Fachbereichsleitermodell eingeführt. 22 Führungskräfte-Stellen seien damals abgebaut worden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen verweist Herr Wiegner auf die in den vergangenen Jahren abgeschlossenen Haustarifverträge und in der Folge auf den sozial verträglichen Personalabbau. Frau Sojka sei dann mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe beauftragt worden. Im Dezember 2015 wurde dann im Kreistag das Ergebnis der Organisationsuntersuchung vorgestellt. Es habe damals einen Überhang von 4,7 Stellen gegeben, wovon noch 3 Stellen begründet waren. Ein Bestandteil der Untersuchung sei der Auftrag an die Verwaltung gewesen, eine separate Organisationsuntersuchung im Bereich Natur- und Umweltschutz durchzuführen. Dies hing mit der Kommunalisierung und der damit verbundenen Stellenübernahme im Jahr 2008 zusammen, so Herr Wiegner. Intern wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die von Februar 2016 bis Februar 2017 die Untersuchungen durchgeführt hat. Zusammen mit der FD-Leiterin und den Mitarbeitern wurde ermittelt, welche Fallzahlen und in welchem Umfang erhoben werden. Ferner wurde unter allen Thüringer Landkreisen eine Umfrage gestartet, an der sich 12 von 17 Landkreisen beteiligt haben. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe wurde vorgestellt und ein Überhang von insgesamt 2 Stellen ermittelt. Frau Seiler sei auch die Gelegenheit gegeben worden, entsprechende Gegenargumente zu liefern. Dies konnte sie aber an der Stelle nicht tun. Herr Thieme könne dies bestätigen. Eine Stelle sei mittlerweile durch Renteneintritt abgebaut worden; die zweite Stelle soll nicht wieder besetzt werden. Bezüglich der Stelle Abfallwirtschaft gebe es ein Schreiben von Frau Seiler an den Landrat, in dem der Vorschlag gemacht wird, dass aufgrund einer geänderten Gesetzeslage die Stelle nicht wieder besetzt wird, wenn der Kollege in Ruhestand geht.

Was den Bereich der Bauordnung betrifft, gebe es ein Gutachten/einen Modellstellenplan des TLKT aus dem Jahr 2005. Er wisse, dass solche Modellstellenpläne immer mit einer gewissen Skepsis zu betrachten sind, aber in diesem Bereich sei in Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen eine Quote aufgestellt worden, dass es je 35.000 Einwohner im Zuständigkeitsbereich der Bauordnung zwei Prüffingenieure gibt, eine Sachbearbeiterin im mittleren Dienst und eine halbe Stelle im Bereich E 5. Derzeit gebe es – wenn die Zuständigkeit der Stadt Altenburg abgezogen wird – unter 60.000 Einwohner im Zuständigkeitsbereich der Bauordnung des Landkreises. Daraus ergebe sich eine Quote von etwa 6 Stellen, gegenwärtig gebe es 7 Stellen, obwohl bereits eine Stelle abgebaut worden ist. Es waren zwei Sekretärinnen-Stellen, die dort einfach nicht hingehören, so Herr Wiegner. Dazu sei der Fachdienst noch aufgewertet worden, so dass es

nicht 4 Prüfeningenieure sind, sondern 5, dafür aber nur eine Stelle im mittleren Dienst und eine Stelle im einfachen Dienst. Die eine Stelle in der E 5 soll dann – wenn das DMS eingeführt ist – anderweitig eingesetzt werden. Insofern gebe es – wenn der Modellstellenplan betrachtet wird – jetzt bereits wieder einen Überhang von einer Stelle. Der Abbau der Sekretärinnen-Stellen erfolgte im Zuge der Einführung des Fachbereichsleiter-Modells. Gemäß Festlegung haben nur noch die FBL eine Sekretärin, weil es einen immer höheren Grad an Digitalisierung gibt und die Mitarbeiter und Führungskräfte selbst Schreibarbeiten erledigen.

Betreffs Abbau der Sekretärinnen-Stellen im FB 2: Es habe neben der FBL-Sekretärin noch zwei weitere Sekretärinnen gegeben. Eine Stelle wurde durch Eintritt der Kollegin in den Ruhestand abgebaut und die zweite Stelle ist im Bereich ASD eingesetzt.

Frau Sojka stellt eine Frage (es wurde nicht ins Mikrofon gesprochen). Der Vorsitzende bittet Frau Franke, Leiterin des FD Personal, um Beantwortung.

Frau Franke teilt mit, dass im Bereich FD 20 Controlling im Stellenplan 2019 noch zwei Beamtenstellen enthalten waren. Eine Stelle A 9 mittlerer Dienst wurde im Zuge der Umsetzung der Beamtin im Haus in eine Beschäftigtenstelle umgewandelt und entsprechend auch bewertet mit der Entgeltgruppe 9 c. Damit ergebe sich ein Aufwuchs bei den Beschäftigtenstellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass keine personenbezogenen Daten/Entgeltgruppen öffentlich zu nennen sind.

Bei der zweiten Stelle, informiert Frau Franke weiter, handelt es sich um eine A 13 im gehobenen Dienst. Diese Stelle wurde in eine Beschäftigtenstelle E 12 zur Stärkung im Bereich Controlling umgewandelt. Die Stelle ist im Bereich des Landrates zu finden und soll im FD 2 angesiedelt werden.

Frau Rath erhält nochmals das Wort. Sie äußert zunächst, dass sie diese Anfrage gestellt habe und dass sie nicht irgendetwas behauptet, wenn sie nicht Rückfragen bei den einzelnen Fachdiensten gehabt hätte. Gerade im Bereich Umwelt kenne sie sich bei den Natura-2000-Stationen und in anderen Naturschutzbehörden sehr gut aus. Ob es „Amt“ oder „Fachdienst“ heißt, sei egal. Wenn im Kuhstall 100 Kühe stehen, müsse für 100 Kühe die Arbeit gemacht werden – ob das eine GbR macht oder eine GmbH sei egal. Die Mitarbeiter im Umweltbereich arbeiten am Limit. Es gebe 22 Landkreise (*Anmerkung: 17 LK + 6 kreisfreie Städte*). Es könne darüber diskutiert werden, aber wenn nur die Kleinen herausgesucht werden und die Großen weggelassen werden, könne man es immer schön reden. Sie wiederholt: Die Arbeit ist da und es habe sich viel verändert. Sicherlich seien im Jahr 2008 Mitarbeiter dazugekommen, aber ebenso auch viel Arbeit. Die Blmsch-Stellen wurden angegliedert. Dies habe Herr Wiegner vergessen zu sagen. Es habe einen enormen Aufwuchs an Arbeit gegeben. Das BlmschG umfasse sehr viele Aufgaben – Windräder, Geruch, Lärm. Davon gebe es viele große Unternehmen im Landkreis. Wenn diese nicht mehr ordentlich betreut werden können, wisse sie nicht, was passiert. Sie wünsche sich, dass Arbeitsplätze im Altenburger Land erhalten bleiben und dann werden die Behörden weggenommen, die dafür enorm wichtig sind, so Frau Rath weiter. Natürlich habe es einen Personalaufwuchs gegeben, aber eben auch einen großen Aufwuchs an Arbeit. Man könne nicht immer nur eine Seite beleuchten. Ferner empfinde Sie es als anmaßend, dass Herr Wiegner behauptet, sie hätte sich nicht informiert. Sie habe in den Ausschüssen nachgefragt. Sie habe aber keine Antwort bekommen. Auf dem „Zettel“ stehe nichts zum Fachdienst Umwelt drin. Sie sei vielleicht neu im Kreistag, aber sie findet alles etwas diffus. Vertrauen hin oder her – sie habe als KTM eine Verantwortung, auch bei den Unternehmen und sie werde diese Verantwortung „leben“. „Und ich bitte euch, das auch zu tun.“ so Frau Rath abschließend.

Herr Melzer hat bereits gegen diesen Antrag gesprochen. Er wirbt dafür, diesem Antrag nicht zu folgen. Es wurde ein ausgeglichener Haushalt nach den gesetzlichen Vorlagen und der Mindestrücklage vorgelegt.

Herr Gumprecht lässt über den GO-Antrag von Herrn Liefänder abstimmen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen bei 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Plötner fragt zum Verfahren. Es gab Zweifel, dass ein Antrag rechtskonform ist, dazu hätte Herr Plötner eine rechtliche Einschätzung. Des Weiteren gibt es Anträge, welche sich inhaltlich überschneiden – dazu hätte Herr Plötner gern eine Gewichtung für die Reihenfolge der Abstimmung.

Herr Gumprecht informiert, dass abgestimmt war die Anträge in der Reihenfolge des Eingangs abzustimmen, beginnend mit den 3 Anträgen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Herr Gumprecht beginnt mit der Abstimmung. Er ruft den **1. Ergänzungsantrag** auf: „**Schulbezogene Sozialarbeit**“.

Herr Zippel merkt an, dass der Antrag aus zwei Punkten besteht. Die Fraktion SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN zieht den Punkt 2 des Antrages zurück.

Herr Gumprecht lässt über den 1. Punkt des Antrages abstimmen:

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Herr Gumprecht ruft den **2. Änderungsantrag** zur **Schulinvestitionspauschale** auf.

Der Antrag wird mit 39 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Gumprecht ruft den **3. Ergänzungsantrag** zum **Stadtverkehr Schmöln** auf.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Gumprecht ruft den **Änderungsantrag** zur **Sportstättenentwicklungsplan** auf.

Herr Plötner stellt den GO-Antrag, diesen Vorschlag weiter in den Ausschüssen zu beraten. Ihm ist klar, dass sich der Antrag auf den vorliegenden Haushalt bezieht, jedoch sollte man weiter am Thema bleiben.

Herr Zippel stellt in Frage, ob es möglich ist, einen Antrag der sich auf den Haushalt bezieht zurück in die Ausschüsse zu verweisen. Er wirbt dafür, dass es künftig einen separaten Antrag gibt, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Herr Plötner informiert, dass seine Fraktion das Thema Sportstättenentwicklungsplan in neuer Form auf die Tagesordnung setzen wird und zieht somit den GO-Antrag zurück.

Herr Gumprecht ruft den **4. Ergänzungsantrag** zum **Schulhof Windischleuba** auf.

Herr Liefänder fragt nach, wenn dieser Antrag beschlossen wird, dass dann 100 T€ + 50 T€ beschlossen werden.

Herr Zippel stellt klar, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht Teil dieses Beschlusses ist. Der Beschluss wäre die Mittel der Schulinvestitionspauschale mit zu veranschlagen und zu berücksichtigen. Er bittet um Zustimmung

Herr Plötner spricht dagegen, da konkrete Schulen benannt wurden und Teil der Beschlusslage sind

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

Herr Gumprecht ruft den **5. Ergänzungsantrag** zu **Straßen- und Brückeninstandsetzungen** auf.

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Herr Gumprecht ruft den **Ergänzungsantrag** zu **Straßen- und Brückeninstandsetzungen** auf.

Herr Rückert zieht den Antrag zurück, da der erste Teil soeben beschlossen wurde. Beim zweiten Teil ist seine Fraktion dankbar über das Entgegenkommen der Verwaltung. Damit ist dem Anliegen genüge getan.

Herr Gumprecht ruft den **6. Ergänzungsantrag** zum **Stellenplan/KW-Vermerke** auf.

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

Die Sitzung wird zur Anpassung und Vervielfältigung der neuen Satzung von 19:59 Uhr bis 20:08 Uhr unterbrochen

Herr Gumprecht führt die Sitzung fort. Die Satzung mit den beschlossenen Änderungen liegt den Kreistagsmitgliedern vor.

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage mit 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfiehlt.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen die ursprünglich vorliegende Version mehrheitlich zur Annahme empfiehlt.

Herr Kühn informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die ursprüngliche Vorlage mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen empfohlen hat.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, so Herr Prehl, empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

Herr Nündel erklärt, dass der Finanzausschuss kein Votum zu dieser Vorlage abgegeben hat.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss der Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 49:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 25 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen gefasst.

Es folgt eine persönliche Erklärung von Herrn Plötner gem. § 14 GO des Kreistages:

„Ich habe mich wirklich sehr gefreut, dass der bildungspolitische Bereich gestärkt worden ist und unsere Änderungsvorschläge hier aufgenommen worden sind und die Mehrheit gefunden haben. Ich war angenehm überrascht, dass plötzlich Vertrauen in den Freistaat gefasst worden ist, was ein paar Minuten vorher nicht da war. Aber seine Frage inwiefern sichergestellt wird, dass die Vereinssportarten die öffentlichen Sportstätten kostenfrei nutzen können wurde auch nicht beantwortet. Insbesondere bei dem Stellenplan gab es noch so viel Diskussionsbedarf – sie hatten es gesehen – deshalb war es jetzt nicht möglich dem Gesamtplan zuzustimmen, weil meines Erachtens hier noch viel Redebedarf gewesen wäre.“

Frau Schenk gibt folgende persönliche Erklärung ab:

„Ich würde auch gern die Gelegenheit nutzen, das Abstimmungsverhalten der Fraktion darzustellen.“

Der Vorsitzende bringt Hinweis, dass es eine „Persönliche“ Erklärung ist.

„Ich finde es sehr erfreulich, dass sie diesem Antrag Schulsozialarbeit gefolgt sind. Das zeigt mir auch, dass sich die Debatten im Ausschuss gelohnt haben. Man könnte jetzt sagen, sie haben die Ausschussvoten gehört und da wurde Zustimmung empfohlen. Es beinhaltet aber viele Enthaltungen, weil wir diskussions- und kompromissbereit waren. Ich finde nach wie vor, dass diese Personaldebatte, die so intensiv geführt wurde, deutlich gemacht hat, dass eben diese Aussage – wir würden das alle nicht kapieren wollen – reichlich überspitzt ist. Es geht um Pflichtaufgaben, die müssen erfüllt werden und wir haben ein gutes Gefühl dabei haben wollen, dass dafür genug Personal vorhanden ist. Und wir haben irgendwie auch die Chance versäumt, diesen Haushalt auf breite Füße aller Fraktionen zu stellen, indem wir diese Kreisumlagezweifel nochmals endgültig ausgeräumt hätten.“

KT-DS/0056/2019

TOP 5 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Haushaltsjahre 2019 bis 2023

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage mit 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfiehlt.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich die Annahme empfiehlt.

Herr Kühn informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage mit 5 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen empfohlen hat.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, so Herr Prehl, empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

Herr Nündel erklärt, dass der Finanzausschuss kein Votum zu dieser Vorlage abgegeben hat.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss der Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 50:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2019 bis 2023.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen gefasst.

KT-DS/0051/2019

TOP 6 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Fragen zu dieser Vorlage gibt es keine.

Herr Helbig informiert, dass der Werkausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 51:

Der Kreistag beschließt, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land die

**Eureos GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Kramergasse 4
01067 Dresden,**

deren Angebot in der Anlage beigelegt ist, zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0053/2019

TOP 7 Feststellung der Jahresrechnung 2018, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Fragen zu dieser Vorlage gibt es keine.

Herr Helbig informiert, dass der Werkausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 52:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Jahresabschluss 2018 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land wird in der vorliegenden vom der Eureos GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden testierten Form festgestellt.
2. Das in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresergebnis in Höhe von 83.216,29 Euro (Jahresgewinn) wird wie folgt verrechnet:
 - Der Gewinn des Bereiches Abfallwirtschaft wird in Höhe von 162.528,51 Euro auf neue Rechnung vorgetragen.
 - Der Jahresverlust des Bereiches Kreisstraßenmeisterei in Höhe von 79.312,22 Euro wird aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
3. Der Werkleitung wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0052/2019

TOP 8 1. Änderung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages für die Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land

Fragen zu dieser Vorlage gibt es keine.

Herr Kühn informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Nündel erklärt, dass der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat. Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 53:

1. Der Kreistag beschließt, der Öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA) für die Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land vom 02.12.2010 gegenüber der THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH wird ab 01.01.2020 wie folgt geändert:
 1. § 18 Punkt 3. ÖDA erhält folgende Fassung:

„ Die Ausgleichsleistung besteht aus:

 - a) den dem Landkreis Altenburger Land vom Freistaat Thüringen zur Gewährleistung attraktiver und bedarfsgerechter öffentlicher Personennahverkehrsangebote nach Maßgabe des jeweiligen Haushalts gewährten Finanzhilfen,
 - b) den Betriebskostenzuschüssen des Landkreises Altenburger Land,
 - c) den durch den Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen im Rahmen der Verbunderweiterung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (VAVB-VE) gewährten Durchtarifizierungsverlusten,
 - d) den dem Landkreis Altenburger Land vom Freistaat Thüringen für besondere auf vom für Verkehr zuständigen Ministerium festgelegten landesbedeutsamen Straßenpersonennahverkehr- Achsen verkehrende Buslinien, die bestimmte Kriterien erfüllen (landesbedeutsame Buslinien) gewährten Zuwendungen und
 - e) der dem Landkreis Altenburger Land vom Freistaat Thüringen für die Anerkennung des Azubi-Tickets Thüringen gewährten Zuwendungen.“
 2. § 18 Punkt 4. ÖDA erhält folgende Fassung:

„Die maximale Höhe der Ausgleichsleistung beträgt 1,63 Millionen Euro im Jahr zuzüglich der:

 - a) dem Landkreis Altenburger Land vom Freistaat Thüringen für besondere auf vom für Verkehr zuständigen Ministerium festgelegten landesbedeutsamen Straßenpersonennahverkehr- Achsen verkehrende Buslinien, die bestimmte Kriterien erfüllen (landesbedeutsame Buslinien) gewährten Zuwendungen und
 - b) dem Landkreis Altenburger Land vom Freistaat Thüringen für die Anerkennung des Azubi-Tickets Thüringen gewährten Zuwendungen.“
 3. § 18 Punkt 7. ÖDA erhält folgende Fassung:

„Der Teil der Ausgleichsleistung und Zuschüsse nach Absatz 3a), 3d) und 3e) dieses Paragraphen wird nach den Vorschriften des Freistaates Thüringen an die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH gezahlt.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH mit Gesellschafteranweisung zu verpflichten, das Azubi- Ticket Thüringen im Straßen-

personennahverkehr in ihrem Zuständigkeitsbereich anzuerkennen und zu gewährleisten, dass die Auszubildenden nach Ziffer 4.2. Richtlinie zur Förderung der Anerkennung des Azubi- Tickets- Thüringen als Berechtigte mit dem Azubi- Ticket Thüringen sämtliche Verkehrsmittel der vom Aufgabenträger beauftragten THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH nutzen können.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Ein Kreistagsmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0054/2019**TOP 9 Handlungsschwerpunkte, Ziele und Empfehlungen zur Milderung von Armut und ihren Folgen im Landkreis Altenburger Land (Armutspräventionsstrategie)**

Fragen zu dieser Vorlage gibt es keine.

Herr Zippel informiert in Vertretung für Herrn Tanzmann, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Zippel erklärt, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Vorlage ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Prehl teilt mit, dass der Sozialausschuss der Vorlage mehrheitlich zugestimmt hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 54:

Der Kreistag beschließt die Armutspräventionsstrategie für den Landkreis Altenburger Land gemäß Anlage 1_1.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 39 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen gefasst.

KT-DS/0057/2019**TOP 10 1. Änderungssatzung zur Satzung für den Beirat für Migration und Integration des Landkreises Altenburger Land vom 21. Juli 2015**

Fragen zu dieser Vorlage gibt es keine.

Herr Prehl informiert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Zustimmung empfiehlt.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 55:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung für den Beirat für Migration und Integration des Landkreises Altenburger Land.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung gefasst. Ein Kreistagsmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0058/2019

TOP 11 Berufung von weiteren sachkundigen Bürgern in die Ausschüsse des Kreistages

Herr Gumprecht informiert, dass es zwei Vorschläge zur Besetzung seitens der CDU/FDP-Fraktion gibt.

Herr Marcel Schmidt wird als beratendes Mitglied im Finanzausschuss und Herr Marco Thiele als beratendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport vorgeschlagen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 56:

Der Kreistag beruft folgende sachkundige Bürger in die Ausschüsse des Kreistages:

Finanzausschuss: Herrn Marcel Schmidt

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport: Herrn Marco Thiele

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung gefasst.

Herr Gumprecht schließt den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung um 20:23 Uhr.

Altenburg, den 03.02.2020

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Katleen Kamprad Kerstin Gabler
Büro des Kreistages
(TOP 1 – 11) (TOP 4, teilweise)